

EIL-A6NEU2 We want you(r): Wohnraum!

Gremium: Bundesvorstand Campusgrün
Beschlussdatum: 01.06.2018
Tagesordnungspunkt: 7. .7.3 Inhaltliche Anträge
Status: Modifiziert

1460 Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte sieht im Artikel 25 – „Recht auf
1461 einen angemessenen Lebensstandard“ für jeden Menschen das Recht auf eine Wohnung
1462 vor. Wir fordern, dass dieses Recht ernst genommen wird und jeder Mensch
1463 lebenswerten Wohnraum zur Verfügung hat. In den meisten Städten in Deutschland
1464 ist das Thema Wohnen jedoch zu einer existentiellen Frage geworden. Personen mit
1465 niedrigen und mittleren Einkommen leiden darunter, dazu gehören meistens auch
1466 Studierende. Neben finanziellen Einschränkungen spielen oft soziale Merkmale
1467 eine Rolle, aufgrund dessen bestimmte Personengruppen bei der Wohnungssuche
1468 benachteiligt werden. Im studentischen Milieu sind dies oftmals ausländische
1469 Studierende, die während der Wohnungssuche diskriminiert werden. Neben einer
1470 Erhöhung, Ausweitung und Anpassung der BAföG-Leistungen an lokale Gegebenheiten
1471 fordert Campusgrün weitere Verschärfungen und Etablierung von Instrumenten, um
1472 die Verteuerung von Wohnraum und den Wohnungsmangel zu bekämpfen, damit Wohnraum
1473 wieder mehr an die Wohnbedürfnisse von Menschen auszurichten. Zusätzlich zu dem
1474 Beschluss „Wohnungsnot bekämpfen – Günstigen Wohnraum schaffen!“ aus dem Jahr
1475 2013 sieht Campusgrün folgenden Handlungsbedarf:

1476 **1. Verschärfung der Mietpreisbremse**

1477 Die momentane Form der Mietpreisbremse hat sich überwiegend als wirkungslos und
1478 ineffektiv erwiesen: Sie greift nicht konsequent genug und nur in bestimmten
1479 Regionen, Wiedervermietungsmieten liegen oftmals weiterhin über der
1480 festgesetzten Obergrenze und Verstöße können nicht konsequent verfolgt und
1481 geahndet werden. Daher fordert Campusgrün folgende Aspekte zur Verbesserung der
1482 Mietpreisbremse:

- 1483 • Berechnung der Mietspiegel ändern: Anzahl der vorangegangenen Jahre
1484 erhöhen, die für die Abbildung der Mietentwicklung in den Mietspiegeln
1485 ausschlaggebend sind
- 1486 • Schonzeitraum verlängern, in dem keine Mietsteigerungen möglich sind und
1487 gleichzeitig Erhöhungsmöglichkeiten verringern
- 1488 • Umlegung von Modernisierungskosten begrenzen, indem darauffolgende
1489 Mieterhöhungen nur im Rahmen ortsüblicher Vergleichsmieten erfolgen dürfen
- 1490 • Verstöße als Ordnungswidrigkeit ahnden und den Zeitraum für Rückzahlungen
1491 auf den Beginn des Mietverhältnisses erweitern
- 1492 • Auskunftspflichten über Errechnung der Miete von Vermieter*innen gegenüber
1493 Mieter*innen einführen

1494 **2. Schluss mit Spekulationen – ökologisches, nachhaltiges und sozial-**
 1495 **verträgliches Bauen statt leeren Wohnflächen!**

1496 Neben steigender Mieten stellt auch fehlender Wohnraum ein Problem dar: Das
 1497 Angebot kommt der Nachfrage in den Städten nicht hinterher. Für eine Trendwende
 1498 ist es ausschlaggebend, dass sich Leerstand und Nichtbebauung nicht mehr lohnen,
 1499 damit potentielle Wohnflächen nicht als Spekulationsobjekte missbraucht werden.
 1500 Dort, wo nur noch wenig Fläche zur Verfügung steht, können Nachverdichtungen
 1501 Umwidmungen von leerstehenden Gewerbeflächen und experimentelle Wohnformen als
 1502 Nutzung urbaner Nischen auch auf ökologische und nachhaltige Weise
 1503 Wohnraummangel entgegenwirken. Es müssen Regelungen für Neubauten,
 1504 Nachverdichtungen und Sanierungen geschaffen werden, die darauf hinwirken, dass
 1505 der zur Verfügung stehenden Raum ökologisch, energiebewusst und
 1506 bedarfsorientiert genutzt wird und Nichtbebauung von Flächen sowie Leerstand von
 1507 Gebäuden sanktioniert. Campusgrün fordert daher:

- 1508 • Baulandsteuer bei der Nichtbebauung von Wohnflächen einführen, zusätzlich
 1509 zu der bereits von Campusgrün geforderten Steuer auf Leerstand
- 1510 • Stufentarife bei der Grunderwerbssteuer einführen
- 1511 • Reformierung der Grundsteuer hin zur Bodenwertsteuer
- 1512 • Nachverdichtungen wie Dachaufstockungen an ökologisch sinnvollen Orten
 1513 steuerlich begünstigen
- 1514 • Gesetzliche Regelungen zur Verringerung des Flächenbedarfs, die zur
 1515 Schaffung der notwendigen Wohneinheiten führen
- 1516 • Schaffung von Räumen und Abbau von Hürden für Wohnprojekte, experimentelle
 1517 Wohnkonzepte und forschendes Wohnen

1518 **3. Förderung bezahlbaren Wohnens**

1519 Neben einer verschärften Mietpreisbremse und der Unterbindung von
 1520 Immobilienspekulationen benötigt es vor allem auch sozialen Wohnungsbau und
 1521 Wohnungsbau im Sektor der niedrigen Mieten, , um den Bedarf an bezahlbarem
 1522 Wohnraum für alle zu decken. Personen mit niedrigem Einkommen sind häufig auf
 1523 sozialen Wohnungsbau angewiesen. Studierende sind zusätzlich noch auf
 1524 ausreichende und mit Bafög bezahlbare Wohnraumplätze, sowie auf eine angemessene
 1525 BAföG-Wohnraumpauschale angewiesen, beides ist momentan nicht gegeben. Daher
 1526 fordert Campusgrün:

- 1527 • Förderung des sozialen Wohnungsbaus ausweiten, für eine ausreichende
 1528 Finanzierung über den Bund ist hier eine Grundgesetzänderung notwendig
- 1529 • Förderung von experimentellen und forschenden Wohnkonzepten die den
 1530 Flächenbedarf unserer aktuellen Wohngewohnheiten überdenken
- 1531 • Investitionszuschüsse bei der Bereitstellung (Umbau, Neubau) von Wohnungen
 1532 im Sektor der niedrigen Mieten und zu Wohnungsbaugenossenschaften
- 1533 • Zusätzliche Bezuschussung der Sanierung und des Neubaus von
 1534 Wohnheimplätzen über den Bund
- 1535 • Orientierung der BAföG-Wohnraumpauschale an lokalen Mietspiegeln

1536 **4. Gemeinsamer Kampf für bezahlbaren Wohnraum – Solidarität mit Hausbesetzungen**

1537 Die aktuellen Hausbesetzungen in Berlin machen noch einmal verstärkt auf die
1538 problematische Situation des Wohnungsmarkts - nicht nur in Berlin - aufmerksam.

1539 Die Mieten steigen trotz gesetzlicher Mietpreisbremse immer weiter an.

1540 Campusgrün schließt sich daher der Solidaritätserklärung der GRÜNEN JUGEND an:

1541 Der politische Skandal sind nicht die Hausbesetzungen, sondern die immer weiter

1542 steigenden - kaum noch bezahlbaren – Mieten (1).

1543 (1)[https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)
1544 [gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html](https://www.neues-deutschland.de/artikel/1089113.kampf-gegen-mietenwahnsinn-gruene-streiten-ueber-hausbesetzungen.html)

Unterstützer*innen

Robin Ebbrecht (GHG Stendal)